

Wetter gewendet, sondern müsse radikal geändert werden, heißt es dann weiter in diesen Entschlüsse, und mit dieser Begründung wird der Lufttakt zu neuen deutschen Verfolgungen in Polen gelleitet. Mit unmissverständlicher Offenheit wird verlangt, die Behörden und das polnische Volk müssten dafür Sorge tragen, daß das deutsche Element in den Grenzgebieten beseitigt werde.

Die Reden, die auf der Tagung des polnischen Westverbandes gehalten wurden, trugen den gleichen Charakter wie die Entschlüsse. In einem Vortrag wurde zum Beispiel erklärt, Ostpreußen sei Polens Lebensraum, und man müsse zur Zeit vor der wichtigen Aufgabe, die polnische Expansion auf diese „uropäischen Gebiete“ zu lenken. Vielleicht hätte der Redner vor seiner eigenen Courage etwas Angst bekommen, als er seinen Zuhörern immerhin bekanntgab, daß auf dem Wege dieser Expansion zahlreiche Hindernisse stehen. Die Deutschen in der Weichseliederung bezeichnete der Vortragende in diesem Zusammenhang als „heute nicht nur überflüssig, sondern schädlich“.

Diese Rede gegen alles, was deutsch ist, fällt in Polen auf fruchtbaren Boden, und der einzige praktische „Erfolg“ dieser Fehleinsprüche, über die man sonst zur Tagesordnung übergehen könnte, sind immer neue Opfer des deutschen Lebens in Polen. Ein Beispiel für die Praxis auf diesem Gebiet ist die Tatsache, daß der Vorstand des polnischen Westverbandes in der Lodzer Fabrikvorstadt Fabianice in allen Industriekonzernen besondere Abteilungen eingerichtet hat, deren Aufgabe es ist, wie das Regierungsblatt „Głos Poranny“ berichtet — „alle Mittel anzuwenden, um die große Zahl der in den Fabriken beschäftigten Deutschen zu verringern“.

Polen droht Danzig

Danzig, 11. Juni. Als Antwort auf die dem polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig vom Präsidenten des Senats der freien Stadt Danzig, Greiser, übersandten Note der Danziger Regierung, in der die Zurückführung des unerträglich ausgebluteten Apparates der polnischen Zollinspektoren auf ein vernünftiges Maß u. Beschränkung der Tätigkeit dieser polnischen Beamten auf die vertraglich vorgesehene Funktion gefordert wurde, hat der diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig nunmehr eine Antwortnote übersandt. In dieser Note wird der Danziger Regierung das Recht abgeprochen, sich in die Zollangelegenheit zu mischen und daran die Drohung geknüpft, sollte der Senat die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren auf Danziger Waben einzuzwingen versuchen oder die in der Note des Danziger Senats angeführte Verleumdung der Danziger Zollbeamten vornehmen, so würde die polnische Regierung die Zahl der polnischen Zollinspektoren nach weiter vorrücken. Darüber hinaus wird in unerblicher Form mit der Anwendung von Wirtschaftssanktionen gegen Danzig gedroht, wenn es seine Absichten durchführen sollte.

Die neue Note der polnischen Regierung beweist, daß Polen nicht den Willen hat, Zwischenfälle in Danzig zu vermeiden. Zwischenfälle in Danzig zu vermeiden, sondern daß es vielmehr mit allen Mitteln bemüht ist, diese Zwischenfälle herbeizuführen.

Französische Presse schlägt sich Polens Drohungen an

Paris, 12. Juni. Anlässlich der großen SK.-Rundgebung in Danzig betonen die hochregierten französischen Zeitungen voll und ganz den polnischen Standpunkt und verweisen sich zu Annahmen und Behauptungen, die beinahe an die Ergüsse gewisser polnischer Zeitungen erinnern. Der dem Quai d'Orsay nahegelegene „Revue Parisienne“ läßt sich hierbei zum Sprecher der Interessen der Danziger Bevölkerung machen. Diese neige zu Polen, da eine Einverleibung der freien Stadt ins Reich ihren Ruin bedeute. „Epoque“ teilt u. a. mit, bezüglich der Zahl der polnischen Zollinspektoren halte sich die Warschauer Regierung an die bestehenden Verträge (!). Wenn man Polen in dem alten hanseatischen Hafen Schwierigkeiten bereiten wolle, würden wirtschaftliche Repressalien ergriffen, und letzten Endes sei es nur Danzig, das darunter zu leiden habe.

Schrankenloser jüdischer Terror im Staate Newyork

Newyork, 11. Juni. Der jüdische Gouverneur des Staates Newyork, Lehman unterzeichnete ein von seinen Rassen-genossen durchgepeitschtes Gesetz, das die letzten Spuren jedes Widerstandes gegen die jüdische Durchdringung und schließlich vollständige Beherrschung des gesamten Newyorker Beamtenapparates und der Wirtschaft auslöschen soll.

Das Gesetz verbietet nämlich die Benachteiligung von Beamten auf Grund ihrer Rasse, Farbe oder Religion bei der Befetzung von staatlichen Beamtenstellen oder politischen Ämtern. Das Verbot erstreckt sich aber außerdem auf alle Einrichtungen, die in irgendeiner Weise mit den staatlichen oder städtischen Behörden zu tun haben, sei es, daß sie in geschäftlicher oder politischer Beziehung zu ihnen stehen oder ihre Einnahme ganz oder teilweise dem Staat bzw. den Beamten verdanken. Unter diesen Begriff fallen natürlich fast sämtliche Geschäfte, Theater, Kinos, ja selbst Fahrschleife usw.

Wenn irgend jemand glaubt, aus rassistischen Gründen keine Anstellung erhalten zu haben oder nicht befördert worden zu sein, braucht er nur bei der eigens dazu eingesetzten jüdischen Kommission die Klage einzureichen.

Wenn die Judenkommission die Beschwerden „gerechtfertigt“ findet, oder auch nur der „Ansicht“ ist, daß bei der Auswahl der Förderung von Beamten und Angestellten oder Arbeitern irgendeines Betriebes rassistische Gründe ebenfalls berücksichtigt werden, wird die angeklagte Firma zu einer Geldstrafe verurteilt und muß den Kläger entschädigen.

Andererseits verwarf Lehman einen Gesetzesvorschlag, der die Rechte dieser aus Juden bestehenden Beamtenskommission begrenzen wollte und unter Umständen geeignet war, die Anstellungen und Ernennungen, die auf Grund dieses Rassengesetzes diktiert werden sollen, in bestimmten Fällen zu vereiteln.

Lehman kommentierte dieses Gesetz dahin, daß es endgültig alle Unterschiede von Rasse, Farbe und Religion niederreiße.

Der Führer in Wien Ehrung von Richard Strauß

Die 6. Reichstheaterfestspiele in Wien erreichte am Sonnabend ihren glanzvollen Höhepunkt mit der Hofaufführung der Oper „Friedenstag“ von Richard Strauß in der Wiener Staatsoper, der der Führer mit dem Epheubüschel von Staat, Partei, Wehrmacht und Stadt beimohnt. Das vor nicht zu langer Zeit uraufgeführte Werk des großen Komponisten wurde heute den Wienern zum ersten Male gegeben, und zwar in der Aufführung als besondere Ehrung für Richard Strauß auf das Programm der Festspiele gesetzt worden, da dieser am Sonntag seinen 75. Geburtstag feiern konnte. Eine freudige Erwartung und eine festliche Stimmung lagen über dem vollbesetzten Hause, als der Führer, der für die Öffentlichkeit überraschend schon am Sonnabendmittag in Wien eingetroffen war und im Hotel Imperial Wohnung genommen hatte, um 20 Uhr in der großen Mittelloge der Oper erschien.

Die Besucher der Oper, darunter viele der bekanntesten Intendanten und Bühnenkünstler, erhoben sich und begrüßten den Führer mit lauten Beifällen. Der Führer dankte zuerst ins Parkett hinunter, dann hob sich sein Blick langsam an den Rängen empor bis hinauf zur obersten Galerie unmittelbar unter der mächtigen Kuppel, auf der er einst als Jüngling seine ersten Operaufführungen mit fieberdem Herzen erlebte, zu denen er sich die wenigen Großen Eintrittsgeld mühsam absparen mußte. Auf den Galerien, auf denen die Menschen dicht gedrängt standen, hatte man offenbar geflüstert, welchen Gedanken und Erinnerungen der Führer in diesem Augenblick nachhing, und so erschollen denn auch vom „Alp“ herunter laute Jubelrufe.

In diesem Augenblick betrat der Jubilar des Tages, Richard Strauß, mit seiner Gattin, seinem Sohn, seiner Schwiegertochter, an der Hand einen etwa zwölftjährigen Enkel führend, die erste Seitenloge links von der Bühne, von wo er einen besonders guten Blick auf den Dirigenten der Aufführung, Clemens Krauß, und das Staatsopernorchester hatte. Richard Strauß begrüßte den Führer. Dieser

erwiderte von der Loge aus den Gruß, worauf sich das ganze Haus dem Künstler zuwandte und ihn stürmisch feierte. Clemens Krauß erscheint am Dirigentenpult, das Haus wird verdunkelt und nach den wenigen Takten des Vorspiels hebt sich der Vorhang zu einer meisterhaften Aufführung der einaktigen Oper.

Richard Strauß erster Repräsentant deutscher Musik

Reichsminister Dr. Goebbels hatte aus Anlaß des 75. Geburtstages von Richard Strauß am Sonntag einen kleinen Freundeskreis des Meisters zu einem Frühstück im Hotel „Imperial“ geladen. In einer kurzen Ansprache übermittelte Dr. Goebbels im Namen des Führers und des ganzen deutschen Volkes an Richard Strauß die herzlichsten Glückwünsche. „Sie haben sich“, so wandte er sich an den greisen Jubilar, durch Ihre Symphonien, Ihre Opern, und insbesondere durch Ihre Sinfonien einen festen Platz in der deutschen und in der Weltmusikgeschichte erworben. In einem arbeitsreichen und kämpferischen Leben haben Sie der deutschen Musik ihre Weltgeltung erhalten lassen und Sie auch manches Mal einer feindlichen Welt gegenüber verteidigt. Wie alle großen Männer und wie alle Genies sind auch Sie zu Beginn Ihres Wirkens von Ihrer Mitwelt nicht verstanden worden. Sie aber haben sich niemals und durch nichts beirren lassen und sind immer Ihren Weg gegangen. So stehen Sie heute als erster Repräsentant unserer deutschen Musik, als künstlerischer Vorbild für die nachwuchernde musikalische Jugend und als bester Schüler schöpferischer Musiker für alle musiklebenden Menschen vor uns. Sie haben in Ihrem langen Leben von Seiten des Staates schon alle Ehren empfangen, die einem Menschen überhaupt nur zuteil werden können. Ich habe deshalb geglaubt, Ihre Werten und Ihre Persönlichkeit heute dadurch am besten zu ehren, daß ich Ihnen einen Nationalen Kompositionspreis begründe, der jährlich in Höhe von 15 000 Reichsmark an junge kompositorische Talente zur Vertiefung gelangen soll.“

Dr. Goebbels schloß mit dem Wunsch: Möge uns der Himmelster der zeitgenössischen Musik noch viele Jahre lang in Gesundheit erhalten bleiben.“

Ausflug in die Dufka anlänglich des Staatsbesuches von Dr. Frid

Während des Staatsbesuchs in Ungarn unternahm Reichsminister Dr. Frid auch in Begleitung des Innenministers Reiches-Fischer einen Ausflug in die Dufka. Unser Bild zeigt die Gattin des Reichsinnenministers Frau Frid mit der Gattin des ungarischen Ministers Frau Reiches-Fischer auf der Fahrt durch die endlos schmeizenden ungarischen Weidbeizke. (Associated-Press-Bl.)



Reichsminister Dr. Frid aus Ungarn zurück

Berlin, 11. Juni. Reichsminister Dr. Frid ist mit seiner Gattin und Begleitung von dem Besuch, den er auf Einladung des königlich-ungarischen Innenministers in der vergangenen Woche in Ungarn durchführte, heute wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Reichsminister Dr. Frank in Kopenhagen

Kopenhagen, 12. Juni. Reichsminister Dr. Frank ist heute früh, der Einladung des Dänischen Juristenbundes folgend, mit seiner Gattin zu dem angekündigten dreitägigen Besuch in Kopenhagen eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich Oberstaatsanwalt Dr. Bühler, Chef des Ministeramtes Dr. Franks, Staatsleiter Reichshauptamtsleiter Dr. Fischer,

Reichsgerichtsrat Reichsamtsleiter Dr. Geuber, Reichsamtsleiter Dr. Rasch, Direktor der Akademie für Deutsches Recht, Reichsamtsleiter Eifenlohr, Adjutant des Reichsministers Dr. Frank.

Zur Begrüßung des Reichsministers waren auf dem Bahnhof erschienen der deutsche Gesandte und die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft, der Landeskreisleiter, der Ortsgruppenleiter und der Vorsitzende der deutschen Kolonie in Kopenhagen.

Im Namen des Dänischen Juristenbundes wurden die deutschen Gäste von dem Vorsitzenden, Landgerichtsanwalt Erik-Reichel-Nielsen, Sächsigerrichtsanwalt Carl Wallhausen, Polizeinspektor von Magnus und weiteren Herren begrüßt. Frau Frank und den anderen deutschen Damen wurden von den Damen des Vorstandes des Juristenbundes Blumen als erster Gruß überreicht.

Verstärkung der Lage in Tientsin Neuregelung der Konzessionsrechte angekündigt

Tolia, 12. Juni. (Sg. Funkmeldg.) Alle aus Tientsin kommenden Meldungen stimmen darin überein, daß sich die Lage in Tientsin infolge der unangenehmigen Haltung der britischen Behörden bedenklich verschärft habe. Japan sei nunmehr entschlossen, energisch vorzugehen, und sowohl die britische wie die anschließende französische Niederlassung zu isolieren. Die japanischen Behörden in Tientsin würden demnächst eine Erklärung veröffentlichen, in der sie als Antwort auf die Weigerung der britischen Behörden, den japanischen Forderungen entgegenzukommen, Maßnahmen gegen die Niederlassungen ankündigen und begründen werden. Die Klärung der Niederlassungen durch japanische Banken und Firmen sei bereits im Gange. In politischen Kreisen wird hierzu betont, daß das feindselige Verhalten der fremden Niederlassungen in China immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den Befehlshabern führen und daß nunmehr eine grundsätzliche Neuregelung der extraterritorialen Konzessionsrechte erfolgen müsse.

Die Deiche des Gelben Flusses wieder geschlossen

Shanghai, 12. Juni. Die Deichbrüche am Gelben Fluß in der Nähe von Kaifeng konnten nach japanischen Meldungen durch umfangreiche, mehrere Monate dauernde Arbeiten, bei denen mehr als eine Million chinesischer Arbeiter beschäftigt wurden, unter der Leitung japanischer Militärstellen wieder geschlossen werden. Die Chinesen hatten die Deiche vor einem Jahr abschließend zerstört — man sprach davon, daß das auf Befehl Moskows geschehen sei — um die Japaner in ihrem Vormarsch an der Lunghai-Bahn nach

Westen aufzuhalten. Die entseffelten Wassermengen hatten monatelang weite Gebiete im Norden der Provinz Honan und im Nordwesten von Anhwei überflutet und ganze Dörfer in den Fluten versinken lassen. Einige Bruchstellen der Deiche hatten eine Ausdehnung von 400 Meter erreicht. Den Abschluß der schwierigen Ausbesserungsarbeiten nahm die chinesische Handelskammer in Kaifeng zum Anlaß von Feierlichkeiten, durch die die Bauleistung geehrt wurde.

Blutiges Wochenende in Jerusalem Juden stecken Bomben in Briefkästen — Britischem Bombenschwerkriegsverständnis der Kopf weggerissen

Jerusalem, 11. Juni. Am Sonnabend explodierten im Abstand von fünf Minuten zwei Bomben in den bei der Hauptpost angebrachten Briefkästen. Die Briefpost wurde natürlich vernichtet. Außerdem wurden durch die Explosionen fünf Personen leichter verletzt.

Sonntag früh untersuchte der britische Bombenspezialist Clerk eine Bombe, die in einen Briefumschlag eingewickelt vorgefunden worden war. Die Bombe war nicht zeitgerecht explodiert, so daß sie von der britischen Kriminalpolizei beschlagnahmt werden konnte. Sie explodierte jedoch während der Untersuchung und riß dem Sachverständigen den Kopf ab. Acht weitere Personen, die bei der Untersuchung anwesend waren, wurden verletzt.

Da die Araber niemals Bomben benutzt hätten, ist es offensichtlich, daß die Urheber der Bombenanschläge in den Reihen der Juden zu suchen sind. Das jüdische Viertel Neascharim wurde auch militärisch abgesperrt und wird gegenwärtig durchsucht, wobei die Aktion allerdings im Gegensatz zu den Arabern, die in den arabischen Dörfern angewendet werden, sehr rätselhaft ist.

Das Militärgericht in Jerusalem verurteilte am Sonnabend einen Araber zum Tode. In beiden Fällen wurden die „Begründungen“ mitgeteilt.

Prag, 11. Juni. Der polnische Westverband hat die deutsche Verfolgung in Polen gelleitet. ...

Der Führer dankte zuerst ins Parkett hinunter, dann hob sich sein Blick langsam an den Rängen empor bis hinauf zur obersten Galerie ...

Reichsminister Dr. Goebbels hatte aus Anlaß des 75. Geburtstages von Richard Strauß am Sonntag einen kleinen Freundeskreis des Meisters zu einem Frühstück im Hotel „Imperial“ geladen.

Während des Staatsbesuchs in Ungarn unternahm Reichsminister Dr. Frid auch in Begleitung des Innenministers Reiches-Fischer einen Ausflug in die Dufka.

Reichsminister Dr. Frid ist mit seiner Gattin und Begleitung von dem Besuch, den er auf Einladung des königlich-ungarischen Innenministers in der vergangenen Woche in Ungarn durchführte, heute wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Reichsminister Dr. Frank ist heute früh, der Einladung des Dänischen Juristenbundes folgend, mit seiner Gattin zu dem angekündigten dreitägigen Besuch in Kopenhagen eingetroffen.

Tolia, 12. Juni. (Sg. Funkmeldg.) Alle aus Tientsin kommenden Meldungen stimmen darin überein, daß sich die Lage in Tientsin infolge der unangenehmigen Haltung der britischen Behörden bedenklich verschärft habe.

Shanghai, 12. Juni. Die Deichbrüche am Gelben Fluß in der Nähe von Kaifeng konnten nach japanischen Meldungen durch umfangreiche, mehrere Monate dauernde Arbeiten, bei denen mehr als eine Million chinesischer Arbeiter beschäftigt wurden, unter der Leitung japanischer Militärstellen wieder geschlossen werden.

Jerusalem, 11. Juni. Am Sonnabend explodierten im Abstand von fünf Minuten zwei Bomben in den bei der Hauptpost angebrachten Briefkästen.

Prag, 11. Juni. Der polnische Westverband hat die deutsche Verfolgung in Polen gelleitet. ...